

Dem Monopol soll es an den Kragen gehen

FAIRER WETTBEWERB

Zwei überwiesene Motionen fordern den Bundesrat zum Handeln auf. In den «fairen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen» kommt Bewegung. Einer der federführenden Köpfe bei dieser Kampagne ist ein Luzerner Nationalrat.

von Ernesto Piazza

Fairer Wettbewerb mit gleich langen Spiessen: Das ist für Peter Schilliger (FDP) seit geraumer Zeit ein grosses Anliegen. Schon im Jahre 2017 hatte der Luzerner Nationalrat diese Debatte in Bundesbern angestossen. Und während des Dreivierteljahres ohne Einsitz im eidgenössischen Parlament sei er auf kein anderes politisches Thema mehr angesprochen worden als auf die Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen. Letzte Woche nun wurden die beiden Motionen Caroni (FDP) und Rieder (Mitte) für fairen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen im Nationalrat mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Widerstand gegen die beiden Vorstösse kam von der linken Ratsseite.

«Ich werte dieses Ergebnis als grossen Erfolg», zeigt sich Schilliger ob des deutlichen Verdikts der grossen Kammer sehr zufrieden. Und da die beiden Motionen an der Herbstsession vom Ständerat auch gutgeheissen worden waren, muss der Bundesrat jetzt die nötigen Gesetzesänderungen ausarbeiten und umsetzen.

Gleiche Spiesse für KMU

Und dies gegen den Willen der Regierung. Sie hatte die Motion zur Ablehnung beantragt. In seiner Stellungnahme erklärte der Bundesrat, er setze sich für alle Unternehmen auf den Märkten für die Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen ein, unabhängig davon, ob es sich um private oder staatliche Firmen handle. Was die Tätigkeiten der Staatsunternehmen betreffe, ist er sich jedoch bewusst, «dass gewisse Wettbewerbsverzerrungen trotz aller bereits getroffenen Massnahmen bestehen bleiben». Diese seien allerdings untrennbar mit der staatlichen Unternehmertätigkeit verbunden. Deshalb besteht für den Bundesrat aus gesetzgeberischer Sicht kein Handlungsbedarf.

Anders sieht dies Peter Schilliger. «Wir brauchen ein griffiges Instru-



Insbesondere bei der Post sieht die parlamentarische Gruppe «dringenden Handlungsbedarf». Foto Keystone

ment, damit namentlich Klein- und Mittelbetriebe gegenüber Staatsunternehmen in einem Wettbewerb mit gleich langen Spiessen bestehen können.» Als Unternehmer wisse er, dass in einer freien Wirtschaft zuweilen hart um Aufträge gefeilscht werden müsse. Dagegen sei grundsätzlich auch nichts einzuwenden, sagt er. «Entscheidend ist, dass die Rahmenbedingungen fair sind.»

Diese Voraussetzungen fehlen dem FDP-Nationalrat sehr oft. So verweist er beispielsweise auf den «gelben Riesen» und sagt: «Mit gesetzlichen Anpassungen muss die Einkaufstour der Post gestoppt werden.» In diesem Zusammenhang stand kürzlich in der NZZ geschrieben: Es sei nicht deren Aufgabe «digitale Entwicklungshilfe zu leisten». Der Leistungsauftrag sei im Postgesetz definiert und zuständig sei das Parlament und nicht die Beamten, zu denen auch der Post-Verwaltungsrat zählen würde.

Zweifel an der Wirksamkeit

Bekämpft wurden die beiden Motionen von SP und Grünen. Die Berner Nationalrätin Regula Rytz (Grüne) attestiert dem Vorwurf der Wettbewerbsverzerrung in gewissen Bereichen durchaus eine Berechtigung. Weil der Ständerat aber klargemacht habe, der Vorstoss beziehe sich einzig und allein auf die bundesnahen Betriebe wie SBB, Post, Swisscom oder die Ruag, sieht die Grünen-Politikerin Rytz die Motion Caroni etwa im Bereich Gebäudetechnik oder im Baunebengewerbe als wirkungslos. Firmen, die unter kommunale und kantonale Zuständigkeiten fallen, würden nicht mitberücksichtigt. Doch hier opponiert Schilliger. Er plädiert dafür, dass «die jetzt auszuarbeitenden Regelungen kantonsübergreifend genauso gelten sollen». Das heisst, dass gerade börsenkotierte Unternehmen, die beispielsweise in diversen Kantonen Standorte haben, künftig denselben Kriterien unterworfen sein sollen wie

klassische Staatsbetriebe. Im Kanton Luzern könnte sich der FDP-Politiker dies zum Beispiel für eine CKW vorstellen.

Klare Regeln und Kontrollen

Linke Stimmen – gegen die beiden Motionen votierten auch die Luzerner Nationalräte Prisca Birrer-Heimo (SP) und Michael Töngi (Grüne) – erkennen die Problematik zwar durchaus, befürworten aber eine Lösung, die «effizienter und liberaler» sei als ein neues Gesetz. Sie sprechen sich für gelebte Eigentümerverantwortung aus. Hinter eine solche Variante setzt Schilliger allerdings ein Fragezeichen. «Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es beim wirtschaftlichen Verdrängungskampf klare Regeln und deren Kontrolle braucht.»

Eine mögliche Lösung sehen die beiden Motionen darin, das Bundesgesetz über den Binnenmarkt zu ergänzen. Und zwar dahingehend, dass Staatsun-

ternehmen den Wettbewerb nicht verzerren dürfen, indem sie zu definieren de Kategorien davon ausnehmen. Dazu müsste die Wettbewerbskommission aber die entsprechenden Instrumente zur Aufsicht erhalten, so Schilliger. «Jetzt liegt es am Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und am Bundesrat Vorschläge zu unterbreiten.»

Bis den Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben (WAK) ein Antrag vorliegt, dürfte es aber dauern. Angesprochen auf die Zeitschiene, geht der Luzerner FDP-Nationalrat von etwa einem Jahr aus. Und zwar bis eine entsprechende Botschaft der Vernehmlassung zugeführt werden kann. Mit Blick auf das Gesamtverfahren rechnet Schilliger bis zur abstimmungsreifen Vorlage mit mindestens zwei Jahren. In der Zwischenzeit will die hierfür im vergangenen September gegründete parlamentarische Gruppe «Fair ist anders» (siehe Box) weiter für ihr Anliegen wirbeln.

«Fair ist anders» nimmt auch in Luzern Fahrt auf



Um dem Anliegen «Fairer Wettbewerb mit gleich langen Spiessen» noch zusätzlich Nachdruck zu verleihen, hat sich im vergangenen September die parlamentarische Gruppe «Fair ist anders» rekrutiert. Ihr gehören verschiedene Bundesparlamentarier aus unterschiedlichem parteipolitischen Spektrum an. «Wir engagieren uns dahingehend, dass sich die nationale Politik endlich ernsthaft mit der Problematik beschäftigt und klare Leitplanken

und Eignerstrategien schafft, um die Klein- und Mittelbetriebe als Rückgrat der Schweizer Industrie zu stärken», erklärt Co-Präsident und FDP-Nationalrat Peter Schilliger (Bild) zu den Beweggründen in diesem Gremium an. Die Gruppe konzentriert sich ausschliesslich auf kantonsübergreifende, bundesnahe und bundeseigene Betriebe.

Nachdem das eidgenössische Parlament die beiden Motionen überwiesen hat, soll der Druck auf den Bundesrat mit «Fair ist anders» aufrechterhalten bleiben. Die Gruppe erwartet nun von der Regierung, dass sie den Handlungsbedarf jetzt ebenfalls anerkennt und

«die schleichende Verstaatlichung der Schweizer KMU-Wirtschaft stoppt».

Start geglückt

Insbesondere bei der Post sieht die parlamentarische Gruppe «dringenden Handlungsbedarf». Es könne nicht sein, dass sich diese unter dem Deckmantel der Digitalisierung alles erlauben dürfe. Bereits heute gehörten ihr 42 Tochterfirmen, die mit ihrem Kernauftrag nichts oder nicht viel zu tun hätten, schreibt die Gruppierung in einer Medienmitteilung.

Am 1. März fand im Raiffeisen Forum in Bern ein erster Informationsanlass

von «Fair ist anders» statt. Mit weiteren kantonalen und kommunalen Stützpunkten will die parlamentarische Gruppe für ihr Anliegen werben. So auch im Kanton Luzern. Mit dabei sind dort bereits rund 10 Firmen, vorwiegend aus dem Bereich der Gebäudetechnik. Des Weiteren gehören die Verbände Suissetec Zentralschweiz (Gebäudetechnikverband), der Wirtschaftsverband der Stadt Luzern (WVL), Freies Unternehmertum Luzern (IFU) sowie das ASTAG Zentralschweiz dazu.

Peter Schilliger sagt: «Der Start ist geglückt.» Er bildet zusammen mit

Benjamin Koch, dem Präsidenten des Wirtschaftsverbandes der Stadt Luzern, und Jacqueline Theiler, FDP-Präsidentin des Kantons Luzern, den Ausschuss. Ziel sei es, «Vorstösse auf kantonaler und städtischer Ebene zu erarbeiten und unsere Sichtbarkeit sicherzustellen».

Dies kann durchaus nach dem Muster des Raiffeisen Forums in Bern erfolgen. «Da zeigten Unternehmer auf anschauliche Art mit Beispielen auf, auf welche Weise sie die ungleichen Spiesse im Geschäftsalltag zu spüren bekommen», so der Luzerner Nationalrat.